

Antrag

der Abgeordneten Dr. Anna Christmann, Kai Gehring, Claudia Müller, Markus Tressel, Dr. Danyal Bayaz, Dieter Janecek, Margit Stumpp, Beate Walter-Rosenheimer, Katja Dörner, Erhard Grundl, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Maria Klein-Schmeink, Ulle Schauws, Kordula Schulz-Asche, Anja Hajduk, Sven Christian Kindler, Gerhard Zickenheiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aus dem Labor in die Praxis – Mit Innovationen gesellschaftliche Herausforderungen anpacken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Innovationen sind Grundlage für das aktive Gestalten unserer Zukunft. Sie lassen sich nicht verordnen – aber wir brauchen beste Bedingungen für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, um sie hervorzubringen. Forschungsergebnisse, die Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen von der Klimakrise über die wachsende Ressourcenknappheit bis hin zu neuen Gesundheitsgefahren liefern, müssen schnell in die Praxis überführt werden. Wir können es uns nicht mehr erlauben, die Erkenntnisse kreativer Erfindergeister in Laboren verstauben zu lassen. Dafür sind die Herausforderungen zu ernst und die Zeit zu knapp. Es braucht daher eine umfassende Anstrengung für regionale Innovationsökosysteme, mehr Ausgründungen aus der Wissenschaft und einen Fokus auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Wissensgetriebene Innovationen für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen

Die globalen Nachhaltigkeitsziele sind eine wichtige Grundlage für nachhaltige Wirtschaftsstrukturen und sozial-ökologische Innovationen. Zu einem ganzheitlichen Innovationsprozess gehört auch der Dialog mit der Gesellschaft, um die verschiedenen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Perspektiven einzubeziehen und die notwendigen Transformationen – vom Energie- über den Verkehrs- bis zum Agrarsektor – erfolgreich zu gestalten. Über die letzten Jahre hinweg hat sich der Diskurs über diese „Third Mission“ von Hochschulen daher zu Recht verstärkt. Hochschulen nehmen ihre aktive Rolle bei der Gestaltung der Gesellschaft gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Städten und Kommunen und Wirtschaft stärker wahr. Die globalen Nachhaltigkeitsziele, auf die sich die weltweite Gesellschaft geeinigt hat, sowie das Vorsorgeprinzip, welches primärrechtlich in der EU verankert ist, liefern dafür wichtige Leitplanken. Die Stärkung der „Third Mission“

ist dabei nur auf Basis einer starken, erkenntnisgetriebenen Grundlagenforschung möglich. Denn wenn sich Forschende selbst Themen setzen, entwickeln sie oftmals Antworten auf Fragen, von denen wir vorher nicht wussten, dass wir sie überhaupt stellen müssen.

Weder die Hightech-Strategie noch das bisherige Konzept für die Agentur für Sprunginnovation der Bundesregierung lassen jedoch eine echte Ausrichtung an den globalen Nachhaltigkeitszielen erkennen. Zur Hightech-Strategie kann die Bundesregierung bisher nicht einmal beantworten, wie viel Geld prozentual tatsächlich in die einzelnen thematische Schwerpunkte Klima, Umwelt und soziale Innovationen fließt (Vgl. Bundestagsdrucksache 19/9420). Bei der Agentur für Sprunginnovationen wurden die Nachhaltigkeitsziele bisher nicht einmal als eines ihrer Ziele erwähnt.

Die Third Mission und die Ausrichtung von Innovationsförderung an den globalen Nachhaltigkeitszielen gilt es daher zu stärken. Das betrifft die großen Innovationsförderungen des Bundes. Darüber hinaus brauchen wir Experimentierräume, in denen Forschung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Ideen ausprobieren können, die zur Lösung konkreter Herausforderungen in Stadt und Land beitragen. Mobilität, Klima, Energie, Gesundheit oder Migration sind einige der zentralen Themen, zu denen Wissenschaft viel beitragen kann und Mut zu neuen Wegen durch gemeinsame Projekte von Forschenden, Kommunen, Wirtschaft und Verbänden vorangetrieben werden kann.

Die Förderung von sozialen und nachhaltigen Innovationen bedarf zudem neuer Instrumente. Andere Länder haben bereits Stiftungen, die explizit Projekte im Bereich der globalen Nachhaltigkeitsziele fördern. Wir sollten „nesta“ und „Vinnova“ als Vorbild nehmen. Deutschland wurde lange als Vorreiter im Bereich der Nachhaltigkeit wahrgenommen, diese Stellung drohen wir zu verlieren, wenn wir nicht endlich neue Wege bei der Innovationsförderung gehen.

Regionale Ökosysteme für soziale, ökologische und technische Innovationen fördern

Durch die Förderung sogenannter Innovationsökosysteme – also die Vernetzung der wesentlichen Bereiche und die Einbindung aller für einen Innovationsprozess notwendigen gesellschaftlichen Akteure – können schneller Lösungen für relevante gesellschaftliche Probleme identifiziert und in die Anwendung gebracht werden. Dazu zählen neben Wissenschaft auch Wirtschaft, Startups, öffentliche Verwaltung und Zivilgesellschaft. Im Jahr 2018 hat auch der Wissenschaftsrat „Empfehlungen zu regionalen Kooperationen wissenschaftlicher Einrichtungen“ herausgegeben, in denen die Politik dazu aufgefordert wird, auf allen politischen Ebenen die Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zu unterstützen und zu institutionalisieren.

Sowohl für exzellente Forschung und globale Anschlussfähigkeit als auch für die Stärkung strukturschwacher und innovationsarmer Regionen sind Innovationsökosysteme entscheidend. Alle Regionen können von ganzheitlichen Innovationsnetzwerken profitieren, die neue, nachhaltige und soziale Wirtschaftsstrukturen hervor- und weiter voranbringen. Forschungsintensive Regionen können so gerade im digitalen Zeitalter die Kette von der Erfindung zur Anwendung drastisch verkürzen, wie es in anderen Ländern längst der Fall ist. Strukturschwache Regionen bergen wiederum große Potenziale, wenn dort die Infrastruktur für die gesamte Innovationskette strukturell von Anfang an verankert werden kann und beispielsweise neue Lösungen für die Verkehrswende zum Einsatz kommen kön-

nen. Es wäre daher verkürzt, sich entweder nur auf das eine oder das andere Szenario zu fokussieren. Nötig ist ein ganzheitlicher Ansatz für Innovationsökosysteme im ganzen Land, die lokal und global unsere Gestaltungskraft sichern.

Es gibt bereits einige Programme, die sich um die Stärkung bestehender und die Entwicklung neuer regionaler Innovationsnetzwerke bemühen. So wurden mit dem Spitzencluster-Wettbewerb des BMBF zwischen 2007 und 2017 in 15 Regionen Cluster aus Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und weiteren Akteuren gefördert, um damit bestehende Kräfte zu bündeln und Kooperationen zwischen den unterschiedlichen Akteuren zu verstärken. Seit Sommer 2019 steht mit der Zukunftscluster-Initiative das Nachfolgeprogramm fest. Doch weist diese Initiative auch in der zweiten Phase weiterhin Schwächen auf, wie z.B. eine viel zu geringe Flexibilität in der Förderphase und das Ausschließen bestimmter Akteure bei der Antragstellung. Nicht nur Forschungseinrichtungen selbst, sondern auch Kommunen oder Zivilgesellschaft sollten Initiatoren solcher Innovationsökosysteme sein können. Eine kraftvolle Förderung regionaler Innovationsökosysteme braucht einen umfassenden Ansatz.

Zwar hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung in den letzten Jahren einige Förderprogramme zur regionalen Innovations- und Wirtschaftsförderung ins Leben gerufen. Dazu zählen unter anderem die themen- und akteursübergreifenden Programme „Unternehmen Region“, WIR! (Wandel durch Innovation in der Region) und RUBIN (Regionale unternehmerische Bündnisse für Innovation). Gefördert werden hier aber in der Regel nur kleine Projekte mit kurzer Laufzeit. Damit werden allenfalls kleine Leuchtraketen gezündet, die oft schnell wieder verpuffen. So kann kein systemischer Aufbau von Innovationsökosystemen gelingen.

Das Bund-Länder-Förderprogramm „Innovative Hochschule“ hat diese Impulse zurecht aufgenommen und eine Förderung von breiten Netzwerken grundsätzlich ermöglicht. Bei den erfolgreichen Projekten zeigt sich bisher jedoch eine starke Unwucht zugunsten von klassisch natur- und ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkten. Diese sind zwar zum Teil in breitere Wirtschaftsnetzwerke eingebettet; die Einbindung weiterer gesellschaftlicher Akteure fehlt aber bislang auch in dieser Förderlinie.

Statt vieler kleiner Initiativen braucht es einen gezielten Aufbruch für Innovationsökosysteme. Damit dieser gelingen kann, brauchen wir eine stringente Förderung durch den Bund sowie eine unkomplizierte Beratung, Begleitung und Evaluation der Projekte durch Persönlichkeiten, die in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erfahren und vernetzt sind und die so zu einer erfolgreichen Entwicklung der Ökosysteme beitragen können.

Kluge Ideen umsetzen: Aus der Wissenschaft ins Startup

Zur ganzheitlichen Förderung von Innovationsökosystemen gehören auch gute Rahmenbedingungen für Ausgründungen aus unseren Hochschulen. Viele Erkenntnisse und Ideen für Innovationen kommen aus der Wissenschaft, zu häufig bleiben sie aber innerhalb der Wissenschaftscommunity stecken. Dies gilt sowohl für potentiell gut kommerzialisierbare Entwicklungen, noch stärker aber für solche, die zwar einen hohen gesellschaftlichen, aber nicht unmittelbar einen kommerziellen Nutzen versprechen. Aber insbesondere die Forschung, die soziale oder ökologische Innovationen hervorbringt, sollte schnell Eingang in die Gesellschaft finden. Hier spielen Kooperationen mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine besondere Rolle, um den Transfer in die Praxis voranzutreiben.

Wie kann diese Umsetzung am schnellsten gelingen? Der direkte Weg ist die Gründung. Für viele Forschende ist ein eigenes Startup aber immer noch weit weg (Vgl. Bundestagsdrucksache 19/4101). Gründungsaffine Studierende und Promovierende können Instrumente wie das Bundesprogramm EXIST nutzen, doch werden damit nur eine sehr begrenzte Zahl an Studierenden und Forschenden erreicht. Die Selbstständigkeit im eigenen Unternehmen muss an den Hochschulen als positive Karriereoption für Absolventen mehr Akzeptanz finden. Oftmals geht es dabei aber weniger um die eigene Forschung, die in ein Produkt gegossen wird. Wirklich wissensgetriebene Innovationen finden noch zu selten den Weg in ein Startup.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Innovationsförderung gemeinsam mit der Gesellschaft zu gestalten und an den großen gesellschaftlichen Herausforderungen auszurichten:
 - a. die Förderpolitik der Agentur für Sprunginnovation und anderer Vorhaben zur Innovationsförderung enger mit den globalen Nachhaltigkeitszielen zu verzahnen,
 - b. neue gesellschaftliche Mitgestaltungsmöglichkeiten in Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen, die Zivilgesellschaft im Hightech-Forum der Hightech-Strategie zu stärken und die Strategie klarer nach Prioritäten und konkreten Maßnahmenpaketen im Bereich der großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu strukturieren (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4857 „Partizipation in Wissenschaft und Forschung stärken“),
 - c. mit der Förderung themenspezifischer und akteursübergreifender Experimentierräume sicherzustellen, dass ganzheitliche Lösungen vor Ort schnell und umfassend aus der Forschungs- in die Umsetzungsphase gelangen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/3160 „Mobilitätsforschung neu denken – Experimentierräume für Stadt und Land schaffen“) und
 - d. mit der Einrichtung einer gemeinnützigen „Innovationsstiftung für Nachhaltigkeit und soziale digitale Anwendung“ (INSDA) gezielt Anwendungen im Bereich Nachhaltigkeit und soziale Innovationen zu fördern, die einen Schwerpunkt im Bereich KI setzen soll (vgl. Bundestagsdrucksache 19/5667 „Künstliche Intelligenz – Auf Grundlage europäischer Werte entwickeln und zum Wohl von Gesellschaft und Umwelt gestalten“);
2. regionale Ökosysteme für soziale, ökologische und technische Innovationen zu fördern:
 - a. Die bestehenden Innovationsförderprogramme für strukturschwache Regionen wie z.B. WIR! (Wandel durch Innovation in der Region) und RUBIN (regionale unternehmerische Bündnisse für Innovation) in einen themen- und akteursoffenen Wettbewerb „Regionale Innovationsökosysteme“ für das gesamte Land zusammenzuführen und dabei
 - i. die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft zu fördern,
 - ii. eine Begleitung durch „innovation match maker“ vorzusehen, die die regionale und internationale Vernetzung verstärken und eine dynamische Entwicklung der Ökosysteme befördern und

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- iii. sich nicht an den klassischen Projektlaufzeiten von oftmals drei Jahren zu orientieren, sondern Förderungen langfristig aufzusetzen, damit sich daraus eigenständige Innovationsregionen entwickeln können;
 - b. aus der Zukunftscluster-Initiative eine schlagkräftige und dynamische Förderung regionaler Innovationsökosysteme zu entwickeln und dabei
 - i. eine von Beginn an für alle Akteure offene und wettbewerbliche Ausschreibung sicherzustellen, sodass von der Zukunftscluster-Initiative auch junge Innovationsplayer und verstärkt sozial-ökologische Innovationen profitieren können,
 - ii. die Finanzierung der Cluster zu flexibilisieren, sowohl in Bezug auf die jährliche Fördersumme als auch hinsichtlich der Gesamtfördersumme,
 - iii. bei der Besetzung der Auswahljury sicherzustellen, dass neben Vertreter*innen von Wissenschaft und Wirtschaft auch zivilgesellschaftliche Akteure gleichermaßen beteiligt werden,
 - c. Kooperationen mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gezielt zu fördern, z. B. um die Mitnutzung von Laboren zu ermöglichen,
 - d. Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen als Teil eines regionalen Bildungsnetzwerkes anzusehen, die durch die Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten die Fachkräfte von Morgen fit machen für den ökologischen und digitalen Wandel, insbesondere in vom Strukturwandel betroffenen Regionen,
 - e. in regelmäßigen Abständen die Wirksamkeit der Förderprogramme durch unabhängige wissenschaftliche Evaluierungen zu untersuchen, diese frei zugänglich zu veröffentlichen und mit den relevanten Stakeholdern zu diskutieren,
 - f. durch eine zügige und unbürokratische Umsetzung der steuerlichen Forschungsförderung sicherzustellen, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) niederschwellig bei ihren Forschungsaktivitäten unterstützt und dadurch ihre Beteiligung in Innovationsökosystemen gestärkt werden kann und
 - g. den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie einer zukunftsfähigen und ökologischen Verkehrsinfrastruktur entschlossen voranzutreiben;
3. Ausgründungen aus der Wissenschaft verstärkt zu fördern:
- a. das Programm “Existenzgründungen aus der Wissenschaft (EXIST)” weiterzuentwickeln, stärker auf wissensgetriebene Innovationen auszurichten und soziale/nicht-technische Innovationen in allen Programmlinien förderfähig zu machen,
 - b. gemeinsam mit den Ländern die Infrastrukturen des Wissens zu stärken und Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie auch Kommunen beim Bau von Gründungszentren, Co-Working-Spaces, Betahäusern, Werkstätten und Laboren finanziell zu unterstützen,
 - c. die Länder dabei zu unterstützen, dass Gründungskompetenzen im Hochschulstudium interdisziplinär durch neue Module in verschiedenen Studiengängen und in extra-curricularen Bildungsangeboten stärker als bisher verankert werden,
 - d. im Rahmen der Umsetzung des Paktes für Forschung und Innovation bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen dafür Sorge zu tragen, dass diese ihre Angebote im Bereich Ausgründungen für Wissenschaftler*innen deutlich ausbauen und

- e. bei der Fördermittelvergabe neben etablierten Projektträgern im Besonderen Akteure mit fachlicher Expertise im Bereich Gründungen mit der Aufgabe der Projektträgerschaft zu betreuen.

Berlin, den 10. Dezember 2019

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.